



Wählen Sie Fortschritt!

Sie bestimmen durch Ihre Wahl,
wer im Wahlkreis 7 (Kreis Pinneberg)
Ihre Meinung und Ihre Interessen
im Deutschen Bundestag für Sie vertritt.

Um Ihre Interessen in Berlin vertreten zu können,
bitte ich Sie um Ihre **Erst- und Zweitstimme**
bei der Bundestagswahl am 27. September 2009.

Ziele und Forderungen der FDP

Rückbau staatlicher Aufgaben und Haushaltskonsolidierung

Abbau von Regulierungen und Bürokratismus

Stärkung der Tarifautonomie

Senkung von Steuern

Stärkung marktwirtschaftlicher Prinzipien im internationalen Finanzsektor

Stärkung von Wirtschaftswissen und Unternehmergeist

Ein Verschuldungsverbot des Staates und strenge Finanzmarkt- und Kontrollregeln.

Mehr Markt und Eigenverantwortung in den Sozialen Sicherungssystemen. Dazu gehört die Einführung des „Liberalen Bürgergeldes“ als Steuer-Transfer-System.

Ein neues und faires Steuersystem, damit die Menschen auch die dringend notwendige kapitalgedeckte Vorsorge bezahlen können.

Rückbau von Subventionen





Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

in dieser Broschüre zur Bundestagswahl 2009 erhalten Sie Informationen zu meinen politischen Ansichten und meinen persönlichen Schwerpunkten.

Ich nenne einige Hintergründe und Forderungen, die sich daraus ergeben. Selbstverständlich bin ich kein „politischer Einzelkämpfer“. Weitere Themen finden Sie in dem Wahlprogramm des FDP Bundesverbandes.

Informationen und Aktuelles finden Sie auf meiner Homepage www.olaf-klampe.de. Nehmen Sie gern per Mail Kontakt mit mir auf.

Als Arbeitnehmer habe ich kennen gelernt, wenn der verdiente Lohn überwiesen wird, aber auch was Arbeitslosigkeit bedeutet. Als Unternehmer, wenn die Auftragsbücher voll sind, allerdings auch das gestellte Rechnungen nicht bezahlt wurden, dafür aber die Steuer schon fällig war.

Ich bin der Meinung:

„Deutschland kann es besser und die Menschen brauchen mehr Netto vom Brutto!“

Olaf Klampe

Für Sie in den Bundestag!





Demokratie

Die Demokratie ist die Grundordnung unseres Zusammenlebens. Sie stellt das gemeinschaftliche Leben aller in diesem Land auf freie Füße und hält es zum Wohle aller zusammen.

Die Demokratie garantiert jedem die Einflussnahme am Staat durch die von Ihnen gewählten Vertreter. Sie lebt durch aktive Bürgerbeteiligung.

Ich habe immer wieder mit Bürgern gesprochen, die „politikverdrossen“ sind mit ihrer demokratischen Verantwortung für die Gemeinschaft. Sie haben ihre demokratische Verantwortung aus den Augen verloren. Eine häufig wiederkehrende Aussage war: „Ich wähle nicht, weil ich mich nirgendwo in den politischen Aussagen wieder finde und ohnehin den Eindruck habe, die „da oben“ machen sowieso, was Sie wollen“.

Meine Antwort darauf ist:

„Demokratie lebt und funktioniert nur durch die Beteiligung der Bürger! Der Staat muss durch den Bürger gestaltet werden“, sonst gibt es keinen (demokratischen) Staat.

Dazu ein Beispiel:

Stellen Sie sich vor, Sie sind Eigentümer einer Wohnung in einer Wohnanlage. Da Sie nicht in der Lage sind, alle in der Wohnanlage anfallenden Arbeiten selbst auszuführen, bestimmen Sie gemeinsam mit allen anderen Mitgliedern der Eigentümergemeinschaft - per Abstimmung (!) - einen Dienstleister, der die notwendigen Aufgaben erledigt und dafür honoriert werden soll.

Später stellt der Dienstleister im Nachhinein höhere Forderungen für die gleiche Arbeit, als vereinbart.

Was machen Sie?

Jetzt tauschen Sie in diesem Beispiel, die Wohnanlage, die Eigentümer und den Dienstleister gegen den Staat, die Bürger und die Steuer aus.

Was machen Sie?

Sie gehen natürlich zur Wahl und bestimmen mit!

"Wer das Orchester bezahlt, soll auch bestimmen was gespielt werden soll!"





Finanzen

Wozu muss ein Finanzmarkt reguliert werden?

Die Regulierung des Finanzmarktes ist notwendig, um sicherzustellen dass immer nur so viel **Geld** (Tauschmittel) vorhanden ist wie es **Ware** (Endprodukte) und **Leistung** (Arbeitsaufwand) gibt.

Bei einer Erhöhung der Geldmenge (z.B. Staatsverschuldung, Spekulationen an der Börse, nicht bedarfsgerechte Subventionen), nimmt der Gegenwert der geleisteten Arbeit ab und die Preise steigen.

Das bedeutet für den Bürger einen Kaufkraftverlust. Damit genau das nicht passiert, muss der Finanzmarkt reguliert werden, um zu verhindern, dass aus Geld, Geld gemacht wird. Solange die **Regel: Geld = Ware/Leistung** beachtet wird, spiegelt der Markt ein ausgeglichenes Verhältnis wider. Dieses funktioniert allerdings nur mit einem streng regulierten Finanzmarkt, der mit Gleichgewichtung und der vorhandenen Kreativität einen starken, allgemeingültigen und nachhaltigen Rahmen gibt, bei dem der Mensch – ohne den es weder Staat noch Markt gäbe – im Vordergrund steht.

Wenn Sie Finanzierungskosten in der Zukunft nicht erwirtschaften können,
dann müssen Sie heute Rücklagen bilden um Ihre Investitionen von morgen zu finanzieren.

Wenn Ihr Einkommen nicht steigt oder die Ware teurer wird,
dann haben Sie einen Kaufkraftverlust.

Wenn der Staat in Form von Subventionen oder Staatsverschuldung in den Markt eingreift, wird eine Ware oder Leistung auf den ersten Blick günstiger,
dann aber werden die Abgaben höher. Das führt im Ergebnis dazu, dass Ihr Nettoeinkommen abnimmt und Ihre Kaufkraft geringer wird.

Ich bin der Meinung:

"Ein Schuldenverbot des Staates ist schon lange überfällig und der Finanzmarkt muss wesentlich strenger reguliert und überwacht werden!"





Wählen Sie Fortschritt!

Finanzkrise

Die Finanzkrise hat ihren Ursprung darin, dass von Politik und anderen Beteiligten weltweit, die **Regel: Geld = Ware/Leistung** nicht beachtet wurde und das Risikomanagement (bei uns hat diese Aufgabe die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) nicht wirklich funktioniert hat.

Die Erkenntnis daraus:

Die völlig überzogene Gier nach Profiten und die Theorie einen Markt durch Geldmengen manipulieren zu können, wie auch andere Fehlentscheidungen, haben die Krise, bedingt durch die Verknüpfungen in der Weltwirtschaft auch in unsere Realwirtschaft getragen. Dass in Deutschland dennoch viele Finanzunternehmen diese Risikopapiere nicht einmal mit der Kneifzange angefasst haben, sollte an dieser Stelle ausdrücklich festgestellt werden. Allerdings müssen diese Unternehmen, wie auch der Bürger die Auswirkungen nun ausbaden (Stichwort: Kreditklemme, Stützung des deutschen und auch europäischen Binnenmarktes durch staatliche Intervention (Einsatz von Steuergeldern)). Weil die globalen/amerikanischen Geschäftspartner – wie z.B. Lehman-Brother – nicht mehr zur Verfügung stehen.

In Krisenzeiten wird immer der Ruf laut, den Schuldigen herauszufinden und zu bestrafen. An den vorgenannten Beispielen wird aber erkennbar, dass immer eine Kette von Entscheidungen mit mehreren Beteiligten, der Hauptgrund ist, der solche Krisen auslöst. Besonders jetzt muss verstärkt darauf geachtet werden wer die "Schuld" bekommt, es könnte ein Bauernopfer sein, welches verdecken soll, dass sich Grundsätzlich nichts geändert hat.

Die Frage nach einer neuen Finanzkrise wird dann nicht sein ob, sondern, wann sie kommt!

Die Suche nach der Schuld muss eine Suche nach den Ursachen werden, um es darauf aufbauend besser zu machen. Das zu regeln, muss Aufgabe des Staates sein!

Wenn zum Allgemeininteresse der Markt funktionieren soll,

dann muss sichergestellt sein, dass die **Regel: Geld = Ware/Leistung** stringent eingehalten wird.

Dazu ist es notwendig, dass die Politik nicht in den Markt eingreift (Ausnahmen: Ernährung der Bevölkerung sicherstellen, Verteidigungsfall) und der Finanzmarkt in der Form reguliert wird, dass bei Profitgier und daraus folgender Missachtung eines nachhaltigen Risikomanagements von Einzelnen, der Verlust nicht auf die Allgemeinheit übertragen wird.

Wenn Unternehmen genau wissen, dass ihnen bei einem zu hohen Risiko die Insolvenz droht und der Staat nicht eingreift,

dann werden diese Unternehmen diese Risiken auch nicht eingehen, sondern sie so erarbeiten, dass sie das Risiko auch erkennen und bewerten können und die Ergebnisse beachten.

Wenn verhindert werden soll, dass Politik in den Markt eingreift und damit Schulden erzeugt,

dann muss ein Verbot dieses verhindern. (Verbot der Nettoneuverschuldung)

Ich bin der Meinung:

"Nicht immer ist die Insolvenz die Folge von unverhältnismäßiger Profitgier!"

Ursachen können Veränderung der Nachfrage, neue Techniken, nicht mögliche Anpassung bei spezialisierten Unternehmen sein. (In der Natur nennt man das Evolution) Insolvenz bedeutet aber auch immer ein Neuanfang mit der Chance ein Unternehmen wieder in die Wirtschaftlichkeit zurückzuführen*. Dabei werden mehr Arbeitsplätze gerettet als in einem krampfhaften Verlängern des nicht wirtschaftlichen Unternehmens. Aus genau diesen Gründen ist es unbedingt notwendig,

www.olaf-klampe.de

FDP
Die Liberalen



das "Liberales Bürgergeld" einzuführen, um den Betroffenen die Angst vor den Folgen eines Arbeitsplatzverlustes zu nehmen. Das Risiko auf dem Arbeitsmarkt nach „unten“ zu begrenzen und die Voraussetzungen zu schaffen für den schnellen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, durch gezielte Unterstützung der Betroffenen, Abbau von Bürokratie und Stärkung der Eigenverantwortung.

**Beispiele: Ihr Platz, Pfaff, Junghans, Babcock-Borsig,
Quelle: Spiegel Online*

Marktwirtschaft

Ich plädiere dafür, die Marktwirtschaft als den „Ernährer“ der Bürgergesellschaft zu sehen und nicht als Feind oder Bedrohung. Es ist außerordentlich wichtig, diesen „Ernährer“, dem wir im Übrigen unseren jetzigen Wohlstand zu verdanken haben, zu pflegen und dafür zu sorgen, dass die Marktwirtschaft weiterhin zum Wohle einer bürgerlichen Gesellschaft stattfindet.

Freie Marktwirtschaft heißt nicht, dass jeder machen kann was er will, sondern, dass nach festen Regeln agiert werden kann (der Staat gibt einen Ordnungsrahmen vor, der unter anderem die Gewerbefreiheit, Berufsfreiheit und Vertragsfreiheit regelt), damit jeder „Mitspieler“ die gleichen Möglichkeiten hat sich zu entwickeln.

Ich bin der Meinung:

"Der Marktwirtschaft muss ein fester Rahmen gegeben werden, in dem feste Regeln gelten!"

Die Unternehmen müssen faire und gleiche Bedingungen antreffen, um mit Planungssicherheit zu finanziellem und wirtschaftlichem Erfolg zu kommen. Die Arbeitnehmer sollen die Sicherheit haben im Falle eines Scheiterns der Unternehmen nicht den gesellschaftlichen Status, die Absicherung und damit die Existenz zu verlieren.

"Dazu gehört die Einführung des liberalen Bürgergeldes!"





Bürgergeld

Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht.

Die FDP fordert die Einführung des Liberalen Bürgergeldes mit dem Ziel, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen – für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe soll der Sozialstaat jedem Bürger die Chance sichern, so weit wie möglich aus eigener Kraft ein selbst bestimmtes Leben führen zu können. Nach dem Leistungsprinzip soll jeder Bürger die Chance bekommen, seine Lebenssituation eigenverantwortlich durch eigene Leistung zu verbessern. Nach dem Solidaritätsprinzip muss derjenige, der staatliche Leistungen in Anspruch nimmt, zu einer zumutbaren Gegenleistung an die Gesellschaft bereit sein.

Das Bürgergeld wird als Universaltransfer mit dem Steuersystem und dem Kindergeld zu einem Steuer-Transfer-System aus einem Guss verbunden. Zeitgleich soll der FDP Gesetzentwurf für ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystems umgesetzt werden. Der überwiegende Teil aller finanziellen Beziehungen zwischen Bürger und Staat und der soziale Ausgleich zwischen Leistungsstarken und Bedürftigen finden zukünftig nach einfachen, transparenten Regeln im Steuersystem statt. Durch die Bündelung und Verrechnung des Bürgergelds im Finanzamt wird das Sozialsystem für die Bürger überschaubar und transparent. Zudem wird ausgeschlossen, dass staatliche Hilfen zu Unrecht mehrfach in Anspruch genommen werden können. Hilfe bekommen nicht mehr diejenigen, die sich im Sozialdickicht am besten auskennen, sondern diejenigen, die Hilfe wirklich brauchen. Das Bürgergeld schützt so die Bedürftigen vor den Findigen und ist somit auch gerecht.

Das Bürgergeld wirkt aktivierend und reduziert die Arbeitslosigkeit

Quelle: FDP Bundesparteitag 2005, Beschluss: Liberales Bürgergeld

Ich bin der Meinung:

Das Liberale Bürgergeld ist der einzig richtige Weg um die soziale Absicherung für alle Bürger in der Zukunft zu gewährleisten.





Rente

Deutsche Rentenpolitik bedarf einer schnellen Reform!

Die in der Umlage finanzierte gesetzliche Rente kann aufgrund der steigenden Zahl von Rentenbeziehern einerseits und sinkender Anzahl von Beitragszahlern andererseits immer weniger die Rolle der Lebensstandardsicherung übernehmen. Gab es 1995 noch 16 Millionen Rentner, waren es 2005 schon 20 Millionen und dieser Anstieg wird anhalten. Die Zahl der Beitragszahler sank von 2001 bis 2005 wegen der wirtschaftlichen Stagnation um 1,5 Millionen und wird in wenigen Jahren aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge weiter deutlich abnehmen. Bereits kurzfristig müssen dafür die Weichen in der Rente neu gestellt werden, denn die Notoperationen der letzten Jahre sind erfolglos verpufft.

Der Rentenbeitrag steigt 2007 aufgrund anhaltender Defizite auf 19,9 Prozent. Eigentlich sollte der Beitragssatz laut Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz bis 2010 auf 18,6 Prozent sinken!

Quelle: Liberale Argumente .12/3. November 2006/16. WP

Ich bin der Meinung:

"Die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge muss gestärkt werden, da nur so die Belastungen generationengerechter verteilt werden können! Selbstverständlich bleiben bestehende Ansprüche unangetastet."

Das kann aber nur funktionieren, wenn den Bürgern mehr Netto vom Brutto bleibt.





Wählen Sie Fortschritt!

Krankenversicherung

Solidarität und Eigenverantwortung statt Staatsmedizin

Die Gesundheitsversorgung ist teurer, aber nicht besser geworden. Die Therapiefreiheit wird Schritt für Schritt abgeschafft. Die so wichtige Beziehung zwischen Therapeut und Patient wird durch bürokratische Vorgaben behindert. Mit jedem Tag, der vergeht, ohne dass eine Umstellung auf eine tragfähige Finanzierung erfolgt, verschärft sich das Finanzierungsproblem des Gesundheitssektors.

Weder die so genannte Bürgerversicherung noch die Gesundheitsprämie sind in der Lage, die geschilderten Probleme in den Griff zu bekommen. Die FDP will vielmehr ein grundlegendes Umsteuern in ein freiheitliches System, das Solidarität und Eigenverantwortung in Einklang bringt, das Schluss macht mit einer zentral gesteuerten Staatsmedizin und der sozialen Bevormundung der Patienten und den Bürgern den notwendigen Gestaltungsspielraum für ihre Versicherungs- und ihre Therapieentscheidungen gibt.

Der Wettbewerb im Gesundheitssektor muss gestärkt werden. Dazu gehört eine starke private Krankenversicherung. Zu einem fairen Wettbewerb im Gesundheitssektor gehört auch, den gesetzlichen Krankenkassen ihre Beitragsautonomie zu belassen und den bürokratischen und überflüssigen Gesundheitsfonds abzuschaffen. Die FDP ist gegen ein staatliches und zentralistisches Gesundheitswesen, das nur zu Mangelverwaltung, 2-Klassen-Medizin und längeren Wartezeiten führt.

Das Prinzip "Privat kommt vor dem Staat" bedeutet für die Gesundheitspolitik: Soviel Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung für den Einzelnen wie möglich, aber gleichzeitig genügend garantierte Sicherheit, um bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage zu geraten. Wir wollen Solidarität mit denjenigen, die krank oder behindert sind. Dies gelingt über eine Verpflichtung der Versicherer, die notwendige Grundversorgung ohne Risikozuschläge sicherzustellen.

Diejenigen, die sich eine Krankenversicherung nicht leisten können, erhalten finanzielle Unterstützung aus dem Steuer-Transfer-System. In der Krankenversicherung muss der Weg weg führen von der Lohnbezogenheit der Beiträge und vom Umlageverfahren hin zu einem leistungsgerechten Prämiensystem, das über Kapitaldeckung eine sichere Grundlage für eine generationengerechte Verteilung der Lasten schafft und gleichzeitig dafür sorgt, dass jeder Bürger so weit wie möglich selbst bestimmen kann, was er wie absichern will.

Die FDP spricht sich aus für eine Pflicht zur Versicherung der Risiken, die den Einzelnen im Krankheitsfall überfordern würden, bei einem Versicherer der eigenen Wahl. Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, im Umfang der Existenz bedrohenden Risiken unabhängig vom Gesundheitszustand ohne die Erhebung von Risikozuschlägen versichert zu werden.

Wer ein höheres Sicherheitsbedürfnis hat, kann sich selbstverständlich für einen umfangreicheren Versicherungsschutz entscheiden. Dabei sind auch unterschiedliche Tarifgestaltungen möglich. Jede Generation soll vom Grundsatz her die von ihr verursachten Gesundheitskosten über die gesamte Lebenszeit selbst tragen. Das ist nur möglich, wenn in der Zeit, in der wenig Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden, Rücklagen aufgebaut werden für die Zeit, in der mehr medizinische Versorgung benötigt wird.





Der soziale Ausgleich zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen soll nicht mehr innerhalb der Krankenversicherung stattfinden, wo er zum Teil zu Ungereimtheiten oder sogar Ungerechtigkeiten führt und jegliches individuelles Kostenbewusstsein außer Kraft setzt. Er gehört vielmehr in das Steuer- und Transfersystem, wo jeder nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Die Kosten für die Krankenversicherung der Kinder sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

Durch Wettbewerb auf allen Ebenen, sowohl auf Seiten der Versicherer als auch auf Seiten derjenigen, die für die Gesundheitsversorgung verantwortlich sind, muss dafür gesorgt werden, dass die Bürger nicht mehr als notwendig für ihren Versicherungsschutz bezahlen müssen und dass sie ihn nach ihren eigenen Bedürfnissen gestalten können.

Quelle: FDP-Bundestagswahlprogramm 2009

Ich bin der Meinung:

"Der Wettbewerb im Gesundheitssektor muss gestärkt werden.





Einige Beispiele zu den Auswirkungen von Subventionen:

Ich kaufe mir ein Brötchen.

An diesem Beispiel möchte ich die Abhängigkeit aller Bürger von direkten, indirekten Steuern/Abgaben und Subventionen aufzeigen.

Bürger		Staat	
Einkommen	Abgabenart	Direkte Steuer und Abgaben	Indirekte Steuern und Abgaben
Bruttoeinkommen	Pflichtbeiträge	Rentenversicherung Krankenversicherung Einkommensteuer Solidaritätsbeitrag Pflegeversicherung	
Nettoeinkommen	Bei jedem Kaufvorgang wird mindestens eine der rechts stehenden Abgaben fällig.		Infrastrukturkosten Mineralölsteuer KFZ-Steuer Versicherungssteuer Grundsteuer Mehrwertsteuer Getränkesteuer Salzsteuer Quellensteuer Ökosteuer usw. – usw.

In Ihrem Ort gibt es drei Bäcker. Sie kaufen Ihre Brötchen bei Bäcker A., da alle den gleichen Preis und die gleiche Qualität haben.

Wenn einer der drei Bäcker Subventionen aus Steuergeldern erhalten würde, **dann** würde der Kaufpreis der Brötchen derselbe bleiben, aber Ihre direkten oder indirekten Steuern/Abgaben würden ansteigen.(siehe Tabelle)

Ergebnis:

Ihre Kaufkraft wird weniger und die beiden anderen Bäcker müssten, da die Steuern und Abgaben dort genauso wirken, die Brötchenpreise erhöhen und / oder Personal entlassen. Was zur Folge hat, das Sie weiterhin bei dem „günstigeren Bäcker A.“ kaufen würden.

Ich bin der Meinung:

ohne Subventionen werden die Bäcker in diesem Beispiel, um auf dem Markt bestehen zu können, in einem Wettbewerb zueinander stehen und solange die Preise anpassen, bis der „Marktpreis“ erreicht ist und Sie als Verbraucher den günstigsten Marktpreis zahlen.

Aus dem Grund ist ein Rückbau von Subventionen (dass gilt für alle Wirtschaftsbereiche) und dem gleichzeitigen senken der Steuern und Abgaben auch das beste Konjunkturprogramm.





Eine Zuckerrübe zu viel

Basierend auf der Annahme, dass unser Staat die Ernährung aller Bürger sicherstellen will, werden in Deutschland Zuckerrüben angebaut. Der Ertrag ist dabei deutlich höher als benötigt und beruht auf einer nicht bedarfsgesteuerten Subventionspolitik. Lebensmittel sollen nicht vernichtet werden. Aber ist es sinnvoll, dass das subventionierte Endprodukt „Zucker“ zu im Normalfall unwirtschaftlichen Preisen auf dem Weltmarkt angeboten wird? Damit wird die Existenzgrundlage von Landwirten in anderen Regionen der Welt (z.B. in Südamerika oder Afrika) gefährdet, wofür diese Länder im Umkehrschluss erneut Entwicklungshilfe zur Stützung der Landwirtschaft und damit der Ernährung der Bevölkerung erhalten.

Ich bin der Meinung:

die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Diese Aufgabe der Selbstversorgung, müssen aber andere Staaten auf der Welt für deren Bürger auch sicherstellen. Nicht bedarfsgerechte Subventionspolitik verhindert aber genau dieses. Darum darf eine bedarfsgesteuerte Subvention, nur für die Sicherstellung der Ernährung bzw. der Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung genutzt werden.

Alle in dieser Broschüre genannten Beispiele sind exemplarisch gedacht und sollen nicht einzelne Wirtschaftsbereiche herausheben, sondern Zusammenhänge darstellen.

